

Gerhard Lehner, Margit Schratzenstaller

Bundesvoranschläge 2003 und 2004: Ziel eines "Nulldefizits" verschoben

Die Bundesregierung hat aufgrund der geplanten Steuerreform 2004/05 und der schwachen Konjunktur die Erzielung eines "Nulldefizits" über 2007 hinaus verschoben. Einen Schwerpunkt der mittelfristigen finanzpolitischen Strategie bildet die Senkung der Einnahmen- und der Ausgabenquote. Der öffentliche Haushalt wirkt 2002 und 2003 leicht expansiv, während für 2004 eine eher restriktive Wirkung zu erwarten ist. Die Tendenz eines langfristig steigenden Transferausgabenanteils wird 2004 gestoppt. Die direkten Steuern verlieren zunehmend an Gewicht.

Begutachtung: Helmut Kramer • Wissenschaftliche Assistenz: Brigitte Schütz • E-Mail-Adressen: Gerhard.Lehner@wifo.ac.at, Margit.Schratzenstaller@wifo.ac.at

Der Bundesvoranschlag 2002 war auf den Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushalts ausgerichtet. Mit dem Stabilitätsprogramm 2003 bis 2007 hat die Bundesregierung die Erzielung eines "Nulldefizits" nun über das Jahr 2007 hinaus verschoben. Damit wird in der mittelfristigen Haushaltsplanung das bisher prioritäre budgetpolitische Ziel insgesamt mindestens ausgeglichener öffentlicher Haushalte zurückgestellt. Einen Schwerpunkt der mittelfristigen finanzpolitischen Strategie bilden die Senkung der Einnahmen- und der Ausgabenquote sowie die Umstrukturierung innerhalb von Einnahmen und Ausgaben. Dabei spielt auf der Einnahmenseite insbesondere die auf zwei Stufen ausgelegte Steuerreform 2004/05 eine wichtige Rolle, deren erste Etappe sich im Budget 2004 niederschlägt. Zur langfristigen Eindämmung der Ausgaben des Bundes wurde eine Pensionsreform verabschiedet. Zudem soll die Privatisierung öffentlicher Unternehmen forciert werden.

Wieweit sich diese Schwerpunktsetzungen in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 widerspiegeln, wird im Folgenden beleuchtet. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Wachstumsschwäche sowie aktueller strukturpolitischer Erfordernisse muss eine Beurteilung der Bundesvoranschläge außerdem die tatsächlichen Konjunkturlösungen des Doppelbudgets sowie strukturpolitisch sinnvolle Spielräume und Ansatzpunkte für konjunkturabschwächende Maßnahmen berücksichtigen.

Die Finanzpolitik ist derzeit mit schwierigen Rahmenbedingungen und erheblichen Unsicherheiten konfrontiert. Der Wirtschaftsaufschwung als notwendige Voraussetzung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte verzögert sich weiterhin. Andererseits ist die Haushaltspolitik gefordert, Impulse für die Belebung der Wirtschaft zu geben und einen allzu restriktiven Kurs, der die Konjunktur zusätzlich belasten würde, zu vermeiden. Aus konjunkturpolitischer Sicht ist es daher sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wirken zu lassen und höhere Defizite in Kauf zu nehmen, solange die Wachstumsschwäche der österreichischen Wirtschaft anhält. Dies zeichnet die Haushalte 2002 und 2003 aus, in denen nicht versucht wurde, durch nachfrageschädliche Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen die konjunkturbedingten Ausfälle an Steuereinnahmen auszugleichen. 2002 und 2003 wirkt damit die Haushaltspolitik des Bundes leicht expansiv. Eine insgesamt eher restriktive Wirkung ist dagegen vom Budget 2004 zu erwarten.

**Temporäre
Abweichung vom
Konsolidierungspfad**

Die Finanzpolitik ist derzeit mit schwierigen Rahmenbedingungen konfrontiert. Der Wirtschaftsaufschwung, der eine notwendige Voraussetzung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist, verzögert sich weiterhin. Aus konjunkturpolitischer Sicht ist es daher sinnvoll, die automatischen Stabilisatoren der öffentlichen Haushalte wirken zu lassen und höhere Defizite in Kauf zu nehmen. In diesem Sinne versuchten die Haushalte 2002 und 2003 nicht, durch nachfrage-schädliche Steuererhöhungen bzw. Ausgabenkürzungen die konjunkturbedingten Steuerausfälle auszugleichen. Vom Budget 2004 ist dagegen eine eher restriktive Wirkung zu erwarten.

Übersicht 1: Der Bundeshaushalt 2001 bis 2004

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Allgemeiner Haushalt							
Ausgaben	60.409	61.803	61.355	62.666	+ 2,3	- 0,7	+ 2,1
Einnahmen	58.995	59.413	57.414	59.236	+ 0,7	- 3,4	+ 3,2
Saldo	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430			
Ausgleichshaushalt							
Ausgaben	37.114	34.697	51.276	50.993	- 6,5	+ 47,8	- 0,6
Einnahmen	38.529	37.087	55.217	54.423	- 3,7	+ 48,9	- 1,4
Saldo	+ 1.415	+ 2.390	+ 3.941	+ 3.430			

Q: Bundesministerium für Finanzen. Durch die Ausgliederung der Universitäten im Jahre 2004 ergibt sich eine Erhöhung der Ausgaben und Einnahmen um jeweils 730 Mio. €.

Die um Durchlaufer (interne Verrechnungen) bereinigten Einnahmen sanken 2002 gegenüber 2001 von 57,82 Mrd. € auf 57,54 Mrd. €¹⁾. 2003 ist eine weitere Reduzierung auf 56,89 Mrd. € vorgesehen, erst für 2004 ist ein Wiederanstieg der modifizierten Einnahmen auf 58,72 Mrd. € veranschlagt. Die bereinigten Ausgaben erreichten 2002 59,93 Mrd. €; sie werden 2003 auf 60,83 Mrd. € und 2004 auf 62,15 Mrd. € steigen.

Übersicht 2: Modifizierte Ausgaben und Einnahmen des Bundes

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €			
Ausgaben allgemeiner Haushalt	60.409	61.803	61.355	62.666
Minus Durchlaufer	- 1.178	- 1.874	- 528	- 519
Bereinigte Ausgaben	59.232	59.929	60.828	62.147
Einnahmen allgemeiner Haushalt	58.995	59.413	57.414	59.236
Minus Durchlaufer	- 1.178	- 1.874	- 528	- 519
Bereinigte Einnahmen	57.817	57.539	56.887	58.717
Saldo	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Nulldefizit verfehlt

Hatte der österreichische Gesamthaushalt 2001 noch einen leichten Überschuss von 0,3% des BIP und damit einen positiven Maastricht-Saldo²⁾ ausgewiesen, so geriet er 2002 wieder ins Minus (-1,2 Mrd. € bzw. -0,6% des BIP). Die Verfehlung des Nulldefizits ist insbesondere auf die unerwartet schlechte Konjunktorentwicklung zurückzuführen, die Steuermindereinnahmen sowie Mehrausgaben verursachte. Der Saldo wurde außerdem durch die zeitliche Verschiebung der Steuereinnahmen aufgrund der Einführung der Anspruchsverzinsung im Jahr 2001 sowie durch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 erheblich beeinflusst. Für heuer erwartet die Bundesregierung ein gesamtstaatliches Haushaltsdefizit von -1,3% des BIP (-2,85 Mrd. €), für 2004 von -0,7% (-1,59 Mrd. €)³⁾. Nach wie vor wird die langfristige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte angestrebt mit dem

¹⁾ Aufgrund von Platzbeschränkungen und zur besseren Übersichtlichkeit wird nicht systematisch auf den Bundesvoranschlag 2002 eingegangen (vgl. dazu im Detail Lehner, 2001).

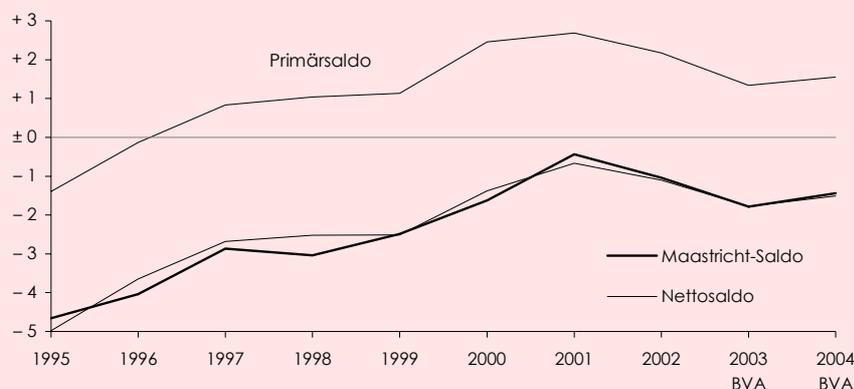
²⁾ Der Maastricht-Saldo umfasst die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialversicherungen sowie Fonds und Gemeindeverbänden; er ist die im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Zielgröße.

³⁾ Laut WIFO-Prognose vom Juni 2003 wird das Haushaltsdefizit im Jahr 2003 -1,1% des BIP und 2004 -1,2% des BIP betragen.

Ziel, schließlich den Haushaltsausgleich zu erreichen. Allerdings soll der Haushaltsausgleich nicht mehr über den Konjunkturzyklus hinweg, sondern erst an dessen Ende erreicht werden: nach dem aktuellen Stabilitätsprogramm – unter Berücksichtigung der Steuerreform – also frühestens 2008.

Abbildung 1: Budgetsalden des Bundes

In % des Bruttoinlandsproduktes



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Übersicht 3: Finanzierungssaldo und Schuldenstand der EU-Staaten

	Finanzierungssaldo		Stand der Staatsschuld	
	2001	2004 Prognose	2001	2004 Prognose
	In % des Bruttoinlandsproduktes			
Belgien	+ 0,4	- 0,1	108,5	98,9
Dänemark	+ 3,1	+ 2,1	45,4	39,9
Deutschland	- 2,8	- 2,9	59,5	63,0
Griechenland	- 1,4	- 1,0	107,0	97,0
Spanien	- 0,1	- 0,1	56,9	50,5
Frankreich	- 1,5	- 3,5	56,8	63,1
Irland	+ 1,1	- 0,9	36,8	33,3
Italien	- 2,6	- 3,1	109,5	104,7
Luxemburg	+ 6,4	- 1,2	5,6	3,4
Niederlande	+ 0,1	- 2,4	52,8	52,8
Österreich	+ 0,3	- 0,4	67,3	66,8
Portugal	- 4,2	- 3,2	55,6	60,2
Finnland	+ 5,1	+ 3,0	43,8	41,4
Schweden	+ 4,5	+ 1,2	54,4	49,5
Großbritannien	+ 0,8	- 2,5	39,0	39,8
EU 15	- 0,9	- 2,2	63,0	63,2
Euro-Zone	- 1,6	- 2,4	69,2	69,6

Q: Europäische Kommission, Notifikation Frühjahr 2003, Frühjahrsprognose 2003.

Im nationalen österreichischen Stabilitätspakt, der 2001 zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgeschlossen wurde, war für 2002 (ebenso wie für 2003 und 2004) nach VGR-Konzept ein Abgang des Bundes von höchstens 0,75% des BIP vereinbart. Die Länder (einschließlich Wiens) hatten sich für den Zeitraum 2001 bis 2004 zur Erwirtschaftung eines durchschnittlichen jährlichen Überschusses von mindestens 0,75% des BIP verpflichtet, während die Gemeinden (ohne Wien) jeweils landesweit ausgeglichene Haushalte erzielen sollten. Dass der gesamtstaatliche Haushaltsausgleich im Jahr 2002 nicht erreicht wurde, ist erstens auf die unerwartet hohe Neuverschuldung des Bundes (Maastricht-Saldo -1% des BIP) zurückzuführen. Zweitens hielten auch die Bundesländer mit einem Budgetüberschuss von lediglich 0,3% des BIP ihre Verpflichtung aus dem Stabilitätspakt nicht ein. Dagegen erzielten die Gemeinden

einen leichten Überschuss (0,2% des BIP). Die Sozialversicherungsträger schlossen ausgeglichen ab.

Gegenüber den anderen Ländern der Euro-Zone kommt die Budgetkonsolidierung in Österreich überdurchschnittlich gut voran. Bereits 2001 lag der Haushaltssaldo mit +0,3% des BIP deutlich über dem Durchschnitt der Euro-Länder, die mit -1,6% insgesamt einen negativen Finanzierungssaldo aufwiesen. Für 2004 prognostiziert die Europäische Kommission eine noch größere Differenz: Einem österreichischen Finanzierungssaldo von -0,4% wird ein Defizit im Durchschnitt der Euro-Zone von -2,4% des BIP gegenüberstehen⁴⁾. In der Gruppe der kleinen EU-Länder wird Österreich 2004 besser abschneiden als 2001, als der österreichische Budgetüberschuss geringer war als in den meisten anderen Ländern.

Der Bundeshaushalt 2002 bis 2004 im Überblick

Vorläufiger Gebarungserfolg 2002

Der vorläufige Gebarungserfolg des Bundes für das Jahr 2002 weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 61,8 Mrd. € und Einnahmen von 59,41 Mrd. € aus. Der Abgang beträgt somit 2,39 Mrd. € bzw. 1,1% des BIP (2001 0,7%, 2000 1,4% des BIP). Im Vollzug des Jahres 2002 wurden die präliminierten Ausgaben des Bundes um 2,43 Mrd. € und die Einnahmen um 0,87 Mrd. € überschritten. Der administrative Saldo des Bundes war damit um 1,56 Mrd. € höher als veranschlagt. Der Maastricht-Saldo des Bundes betrug -1% des BIP. Ursache des unerwartet hohen Budgetdefizits war einerseits die schlechte Konjunkturlage, die in Steuerausfällen, erhöhten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützungen und steigenden Bundeszuschüssen zur Pensionsversicherung resultierte, andererseits die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002. Im Ausgleichshaushalt standen im Jahr 2002 Ausgaben von 34,7 Mrd. € Einnahmen von 37,09 Mrd. € gegenüber. Der Überschuss von 2,39 Mrd. € entspricht somit dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

Voranschlag 2003

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 2003 sind im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 61,36 Mrd. € und Einnahmen von 57,41 Mrd. € vorgesehen. Sowohl die Ausgaben (-0,7% gegen das Vorjahr) als auch die Einnahmen (-3,4%) sind damit geringer veranschlagt als 2002. Der Abgang im allgemeinen Haushalt ist mit 3,94 Mrd. € (1,8% des BIP) deutlich höher als 2002 (+65%). Der Maastricht-Saldo des Bundes wird auf -1,8% des BIP steigen. Der präliminierte Anstieg des Defizits beruht einnahmenseitig auf konjunkturbedingt schwächeren Steuereinnahmen sowie Steuerentlastungen durch die Konjunkturbelebungsprogramme. Auf der Ausgabenseite schlägt sich der zusätzliche Aufwand aufgrund der Hochwasserhilfe, der ungünstigen Arbeitsmarktsituation sowie der Ausweitung der familienpolitischen Leistungen und Pensionsausgaben nieder. Der Ausgleichshaushalt für das Jahr 2003 sieht Ausgaben von 51,28 Mrd. € und Einnahmen von 55,22 Mrd. € vor. Der Überschuss von 3,94 Mrd. € deckt sich mit dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

Voranschlag 2004

Der Bundesvoranschlag für das Jahr 2004 präliminiert die Ausgaben mit 62,67 Mrd. € und die Einnahmen mit 59,24 Mrd. €. Ausgaben (+2,1% gegenüber 2003) und Einnahmen (+3,2%) sind damit etwas höher veranschlagt als für 2003, sodass der Abgang im Bundeshaushalt geringfügig auf 3,43 Mrd. € (1,5% des BIP) zurückgeht. Die Einnahmenseite verbessert sich u. a. durch eine leichte Erholung der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer sowie vor allem durch eine Steigerung der Einnahmen aus Verbrauchssteuern. Entsprechend sinkt der Maastricht-Saldo des Bundes auf -1,4% des BIP. Die Ausgaben im Ausgleichshaushalt sind für 2004 mit 50,99 Mrd. €, die Einnahmen mit 54,42 Mrd. € angesetzt. Damit ist der Überschuss von 3,43 Mrd. € gleich dem negativen Saldo im allgemeinen Haushalt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftstheoretischen und -politischen Diskussion⁵⁾ um Sinnhaftigkeit und Zukunft des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie angesichts der massiven Defizitprobleme einiger großer Mitgliedsländer

⁴⁾ Die Prognosen von Bundesregierung, WIFO und Europäischer Kommission für das gesamtstaatliche Haushaltsdefizit unterscheiden sich aufgrund von unterschiedlichen Wachstumsprognosen.

⁵⁾ Vgl. z. B. Breuss (2002) oder Buti – Eijffinger – Franco (2003).

(Deutschland, Frankreich, Italien) vereinbarten der Ecofin-Rat und die Europäische Kommission Ende 2002, die nationalen Stabilitätsprogramme⁶⁾ nicht nur auf der Grundlage des laufenden, sondern auch des konjunkturbereinigten (strukturellen)⁷⁾ Maastricht-Saldos zu beurteilen.

Institutionelle Veränderungen und Sondereinflüsse

Salden sowie Komponenten von Ausgaben bzw. Einnahmen werden im Gebahrungserfolg 2002 sowie in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 durch einige institutionelle Änderungen und Sondereinflüsse – die Ausgliederung der Universitäten, die Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung sowie die Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 – beeinflusst. Kompetenzveränderungen und damit Verschiebungen zwischen einzelnen Haushaltskapiteln beeinflussen die ökonomische Gliederung von Ausgaben und Einnahmen nicht und werden deshalb hier nicht berücksichtigt.

Das konjunkturbereinigte Defizit ist eher ein angemessener Indikator für den strukturellen Konsolidierungsbedarf als der laufende Finanzierungssaldo. Letzterer kann große konjunkturbedingte Ausschläge aufweisen, sofern ein ungehindertes Wirken der automatischen Stabilisatoren zugelassen und eventuell antizyklische diskretionäre konjunkturstützende Maßnahmen ergriffen werden. Die Verwendung des strukturellen Defizits als Kriterium zur Beurteilung der langfristigen Nachhaltigkeit öffentlicher Haushalte soll eine Überbewertung der Konjunktüreinflüsse auf das Defizit und damit das Einschlagen eines krisenverschärfenden prozyklischen Kurses der Haushaltspolitik verhindern. Das strukturelle Defizit betrug in Österreich im Jahr 2002 –0,4% des BIP. Es wird laut Stabilitätsprogramm vom März 2003 heuer –0,9% und 2004 –0,4% erreichen. Als Folge der geplanten zweiten Etappe der Steuerreform 2004/05 würde der konjunkturbereinigte Haushaltssaldo 2005 auf –1,3% des BIP steigen und sich in den folgenden zwei Jahren nur langsam wieder verringern (auf –0,5% des BIP 2007).

Übersicht 4: Konsolidierungspfad laut Stabilitätsprogramm

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	In % des Bruttoinlandsproduktes					
Tatsächlicher Budgetsaldo ¹⁾	– 0,6	– 1,3	– 0,7	– 1,5	– 1,1	– 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo ¹⁾	– 0,4	– 0,9	– 0,4	– 1,3	– 1,1	– 0,5
Staatsschuld	67,8	67,0	65,1	63,8	62,1	59,7

Q: Bundesministerium für Finanzen, Österreichisches Stabilitätsprogramm 2003 bis 2007. – ¹⁾ Einschließlich Steuerreform und SWAP-Operationen.

Der gesamte Schuldenstand in Prozent des BIP musste aufgrund von zwei aktuellen Entscheidungen des Statistikamts der EU (Eurostat) erheblich nach oben revidiert werden:

- Wertpapieremissionen zur Finanzierung von Bundesunternehmen (die seit 1998 praktizierte "Rechtsträgerfinanzierung"⁸⁾) müssen in den Bruttoschuldenstand eingerechnet werden. Dadurch erhöhten sich die gesamten Staatsschulden im Jahr 2002 um 11,7 Mrd. €.
- 2,6 Mrd. € kommen aus einem Verbriefungsgeschäft des Landes Niederösterreich im Rahmen des Verkaufs von Wohnbadaufnahmen hinzu. Die Schuldenstandsquote stieg damit 2002 auf ihren bisher höchsten Wert von 67,9% des BIP.

⁶⁾ Jedes Land der Euro-Zone muss jährlich dem Ecofin-Rat ein Stabilitätsprogramm vorlegen, in dem die mittelfristige budgetpolitische Strategie zur Erreichung der Verpflichtungen aus dem Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 dargelegt wird.

⁷⁾ Das strukturelle Defizit ergibt sich je nach Definition durch die Bereinigung des laufenden Defizits um Konjunktüreinflüsse sowie gegebenenfalls um einmalige Sondereffekte im Bereich der staatlichen Einnahmen und Ausgaben und die "dauerhaft akzeptable" (d. h. investitionsorientierte) öffentliche Kreditfinanzierung (etwa nach der Definition des *Deutschen Sachverständigenrates*, 2001). Die dem Ecofin-Rat vorgelegten nationalen Stabilitätsprogramme sollen allerdings lediglich eine Konjunkturbereinigung vornehmen.

⁸⁾ Die Rechtsträgerfinanzierung umfasst Kreditaufnahmen der Bundesfinanzierungsagentur für ÖBB, SCHIG, ASFINAG, Austro Control und Museumsquartier zur Erzielung von Zinsvorteilen.

Aufgrund dieser statistischen Revision sowie der höheren Nettoneuverschuldung im Haushaltsvollzug wurde der im Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Referenzwert von 60% des BIP nicht wie geplant 2002 unterschritten. Vielmehr wird dieses Ziel voraussichtlich erst 2007 erreicht. Gemäß den Bundesvoranschlägen geht die Schuldenstandsquote heuer auf 67,1% und 2004 auf 66,5% des BIP zurück. Trotz der statistischen Revision lag die Schuldenstandsquote in Österreich 2001 mit 67,3% deutlich unter dem Durchschnitt der Euro-Zone (69,2% des BIP). Gemäß der EU-Prognose für 2004 wird sich der relative Abstand 2004 weiter vergrößern. Damit böte die im EU-Vergleich günstige Budgetsituation Österreichs erforderlichenfalls etwas Spielraum für konjunkturstabilisierende Maßnahmen.

Ob der im Doppelhaushalt 2003/04 vorgezeichnete Konsolidierungspfad eingehalten werden kann, hängt in erster Linie vom Konjunkturverlauf ab. Derzeit zeichnet sich ein Anhalten der Wachstumsschwäche bis in das Jahr 2004 hinein ab. Damit könnte die Prognose für das Haushaltsdefizit 2004 von -0,7% des BIP, die auf einem realen Wirtschaftswachstum von 1,7% basiert, aufgrund des Wirkens der automatischen Stabilisatoren verfehlt werden. Das WIFO rechnet in seiner Konjunkturprognose vom Juni 2003 für 2004 mit einem BIP-Wachstum von 1,2% und einem Anstieg des Maastricht-Saldos auf -1,2% des BIP, da sich die Verschlechterung der Wachstumsaussichten, die primär auf die Abschwächung des Exports zurückgeht, mit Verzögerung im Jahr 2004 auf die Einnahmen aus direkten Steuern auswirken wird. Allerdings besteht ein gewisser Spielraum, durch Einmalmaßnahmen (wie etwa die Auflösung von Rücklagen) oder die Einschränkung von Ermessensausgaben den ausgewiesenen administrativen Budgetsaldo zu verbessern.

Der mittelfristige Konjunkturverlauf ist – gemeinsam mit dem nominellen Zinssatz für die Finanzschuld und dem Primärsaldo⁹⁾ – auch eine entscheidende Determinante für den tatsächlichen Erfolg der geplanten Rückführung der Schuldenstandsquote. Die Höhe des Primärüberschusses, der erforderlich ist, damit der absolute Schuldenstand stabilisiert oder sogar abgebaut werden kann, ergibt sich aus der Höhe des Schuldenstands einerseits sowie der Differenz aus nominellem Zinssatz der Finanzschuld und der Wachstumsrate des BIP andererseits. Angesichts der Prognosen für das nominelle BIP-Wachstum (2003 +2,3%, 2004 +2,7%) reichen die Primärsalden gemäß dem Doppelbudget 2003/04 nicht aus, um den Schuldenstand auf das geplante Niveau zu senken. Unterstützend wird allerdings der zu erwartende Rückgang des nominellen Zinssatzes wirken. Zudem werden die bei der Ermittlung des Schuldenstands einbezogenen Rechtsträger keine zusätzlichen Schulden aufbauen, sondern vielmehr ihren Schuldenstand bis 2012 auf null zurückführen.

Der BIP-relevante Saldo eignet sich zur Beurteilung der konjunkturpolitischen Wirkung des Haushalts besser als der administrative Saldo. Er wird durch Bereinigung des administrativen Saldos um vermögenswirksame Transaktionen und Rücklagenzuführung (netto) ermittelt. 2002 betrug der BIP-relevante Saldo -1.730 Mio. €, etwas mehr als geplant. Für 2003 ist ein sprunghafter Anstieg auf -5.114 Mio. € präliminiert, was eine eher expansive Wirkung auf die Gesamtnachfrage erwarten lässt. In erster Linie geht diese Ausdehnung auf die Wirkung der automatischen Stabilisatoren zurück. Dagegen dürfte der für 2004 vorgesehene Rückgang des BIP-relevanten Saldos (auf -3.695 Mio. €) aufgrund von Einnahmenerhöhungen oberhalb und Ausgabensteigerungen unterhalb des nominellen BIP-Wachstums restriktiv wirken. Berücksichtigt man die zeitlichen Verschiebungen in den Steuereinnahmen aufgrund der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung, so ergibt sich für 2003 und 2004 ein leicht expansiver Effekt. Insbesondere im Jahr 2003 wird der administrative Saldo durch umfangreiche Rücklagenentnahmen (netto 1.222 Mio. €) erheblich verbessert.

⁹⁾ Die zugrunde liegenden Zusammenhänge können mit folgender Formel dargestellt werden:

$$\Delta \frac{D}{Y} = (i_t - g_t) \frac{D_{t-1}}{Y_{t-1}} - \frac{P_t}{Y_t}$$

i ... durchschnittlicher Zinssatz der Finanzschuld, *g* ... Vorjahresveränderungsrate des BIP, nominell, *D* ... Stand der Finanzschuld, *Y* ... BIP, nominell, *P* ... Primärsaldo (siehe dazu im Detail Lehner, 2001).

Übersicht 5: Komponenten des Budgetsaldos

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €			
Saldo laufender Transaktionen	+ 5.611	+ 3.707	+ 434	+ 2.409
Investitionen und Liegenschaftskäufe	+ 342	+ 401	+ 129	- 117
Kapitaltransfers (netto)	- 5.716	- 5.838	- 5.676	- 5.987
BIP-relevanter Saldo	+ 237	- 1.730	- 5.114	- 3.695
Saldo vermögenswirksamer Transaktionen	- 365	- 77	- 49	- 40
Rücklagenzuführung (netto)	- 1.286	- 583	+ 1.222	+ 305
Saldo allgemeiner Haushalt	- 1.415	- 2.390	- 3.941	- 3.430
Zinsen (ohne Währungstauschverträge)	+ 7.107	+ 7.099	+ 6.907	+ 6.960
Primärsaldo	+ 5.693	+ 4.709	+ 2.966	+ 3.530

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die Bundesvoranschläge 2003 und 2004 sind von dem Ziel geprägt, sowohl die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote (Steuern und Sozialbeiträge im Verhältnis zum BIP) als auch die Staatsausgabenquote mittelfristig deutlich zu verringern. Bereits im Vollzug des Jahres 2002 wurde eine leichte Senkung der Gesamtabgabenquote erreicht – von 45,6% des BIP im Jahr 2001 auf 44,6%¹⁰⁾. Eine weitere Reduzierung ist gemäß dem aktuellen Stabilitätsprogramm für 2003 (44,4%) und 2004 (44,1%) vorgesehen; bis zum Jahr 2007 soll die Gesamtabgabenquote auf 42,9% des BIP zurückgehen. Dies ergibt sich allerdings nicht zuletzt aus steuerlichen Sondereffekten (Einführung der Anspruchsverzinsung). Spiegelbildlich wird eine schrittweise Senkung der Gesamtausgabenquote des öffentlichen Sektors von 52% im Jahr 2001 auf 49,8% des BIP im Jahr 2007 angestrebt.

Einnahmen und Ausgaben vom Ziel der Staatsquotensenkung geprägt

Übersicht 6: Ausgaben- und Einnahmenquoten

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	In % des Bruttoinlandsproduktes			
Ausgaben				
Erstellung von Leistungen	7,7	7,4	7,5	7,0
Personalaufwand einschließlich Landeslehrer, ohne Post	4,6	4,5	4,5	4,2
Personalaufwand Post	0,5	0,5	0,5	0,4
Laufende Sachausgaben	2,3	2,3	2,4	2,3
Investitionen	0,2	0,2	0,1	0,1
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	0,0	0,0	0,0	0,0
Transferausgaben	10,4	10,5	10,7	10,5
Finanzierung	9,9	9,7	9,3	9,8
Zinsen	3,8	3,9	3,7	3,6
Sonstige	6,0	5,8	5,6	6,3
Ausgaben allgemeiner Haushalt, bereinigt	28,0	27,7	27,5	27,3
Einnahmen				
Steuern (netto)	17,9	16,9	16,0	17,0
Steuerähnliche Einnahmen	4,1	4,1	4,2	4,2
Sonstige	5,3	5,6	5,5	4,6
Einnahmen allgemeiner Haushalt, bereinigt	27,3	26,6	25,7	25,8
Saldo	-0,7	-1,1	-1,8	-1,5

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen; Bruttoinlandsprodukt laut WIFO-Prognose vom Juni 2003.

Die Ausgaben- und die Einnahmenquote des Bundes sollen als ein Element der angestrebten Redimensionierung des öffentlichen Sektors langfristig verringert werden. Im Rahmen des Doppelbudgets 2003/04 werden dazu neben einer Senkung der Lohnnebenkosten ab 2004 vor allem die für 2004 beschlossene erste Etappe der Steuerreform, die Pensionsreform 2003 und die Ausgliederung der Universitäten beitragen. Die Einnahmenquote geht bis 2003 zurück und steigt 2004 wieder. Die Ausgabenquote sinkt voraussichtlich zwischen 2001 und 2004 kontinuierlich.

¹⁰⁾ Einschließlich Abführungen an die EU.

Als ein Element dieser Strategie einer Redimensionierung des öffentlichen Sektors sollen sowohl die Ausgaben- als auch die Einnahmenquote des Bundes langfristig verringert werden. Im Rahmen des Doppelbudgets 2003/04 werden dazu neben einer Senkung der Lohnnebenkosten für ältere Arbeitnehmer ab 2004¹¹⁾ vor allem die als erste Stufe der Steuerreform 2004/05 bereits beschlossenen Steuersenkungsmaßnahmen sowie die Pensionsreform 2003 und die Ausgliederung der Universitäten beitragen.

**Einnahmenquote steigt
2004 wieder**

Die bereinigten Einnahmen des Bundes gehen 2003 voraussichtlich auf 25,7% des BIP zurück (2001 27,3%). Diese rückläufige Entwicklung der Einnahmenquote beruht auf einem absoluten Einnahmenrückgang von 2001 bis 2003, für den hauptsächlich die Verringerung der Nettosteureinnahmen (des beim Bund verbleibenden Steueraufkommens) maßgebend ist – sie hängt nicht zuletzt mit der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung zusammen. 2004 wird mit einem leichten Wiederanstieg der Quote gerechnet.

**Kontinuierlicher
Rückgang der
Ausgabenquote**

Die angestrebte Senkung der Ausgabenquote auf Bundesebene – von 28% 2001 auf 27,3% 2004 – resultiert dagegen nicht aus einem absoluten Rückgang der bereinigten Ausgaben. Vielmehr bleibt der Ausgabenzuwachs hinter dem in den Bundesvoranschlägen unterstellten nominellen BIP-Wachstum zurück. Insbesondere die Quote der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen (und hier vor allem der Personalaufwand; die Investitionsquote befindet sich ohnehin auf einem historischen Tiefstand) verringert sich primär wegen der Ausgliederung der Universitäten spürbar (von 7,7% 2001 auf voraussichtlich 7% im Jahr 2004). Die Relation der Transferausgaben zum BIP dagegen steigt im Zeitraum 2001 bis 2003 von 10,4% auf 10,7%, um gemäß Bundesvoranschlag im Jahr 2004 leicht auf 10,5% zu sinken. Die Finanzierungsausgaben schließlich nehmen zwischen 2001 und 2004 leicht ab (von 9,9% auf 9,8% des BIP), obgleich die Universitäten ab 2004 in dieser Ausgabenkomponente enthalten sind.

Einnahmen- und Ausgabenseite leisten unterschiedliche Beiträge zur Entwicklung der laufenden Defizitquote. Für den Anstieg der Defizitquote zwischen 2001 und 2003 war insbesondere der Rückgang der Einnahmenquote maßgebend, der den Konsolidierungseffekt der leicht sinkenden Ausgabenquote überkompensierte. 2004 wird die Defizitquote verringert, da die Einnahmenquote stärker steigt als die Ausgabenquote. In diesem Jahr leistet der Anstieg der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen und für Transfers, der unter dem nominellen BIP-Wachstum bleibt, einen positiven Konsolidierungsbeitrag, während die Finanzierungsausgaben das Budget belasten. Auf der Einnahmenseite tragen die Nettosteureinnahmen im Jahr 2004 die Konsolidierung des Bundeshaushalts.

**Leichte Veränderung
der Ausgabenstruktur**

Im Zeitraum 2001 bis 2004 entwickelt sich die Ausgabenstruktur auf Bundesebene uneinheitlich. Nur die *Transfers* steigen durchwegs, 2002 und 2003 auch real. Die kräftige Ausweitung 2002 und 2003 ist primär auf die Erhöhung familienbezogener Leistungen sowie auf die Zunahme der Zahlungen für Arbeitslosenunterstützung und Pensionen zurückzuführen. Insgesamt werden die Transferausgaben von 22 Mrd. € im Jahr 2001 auf 23,9 Mrd. € 2004 erhöht. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben nimmt zwischen 2001 (37,2%) und 2003 kontinuierlich zu (auf 39,1% 2003). Mit einer Umkehrung dieses ansteigenden Trends wird erst für 2004 gerechnet; die Transferausgaben machen dann 38,5% der Gesamtausgaben aus.

**Steigende Tendenz des
Anteils der
Transferausgaben wird
2004 gestoppt**

Die Dämpfung der Transferausgaben im Jahr 2004 beruht insbesondere darauf, dass die Ausgaben zur Alterssicherung entgegen der bisherigen langfristigen Entwicklungstendenz geringer als im Vorjahr veranschlagt sind.

¹¹⁾ Entfall des Unfallversicherungsbeitrags sowie des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds und zum Insolvenz-Entgeltausgleichsfonds für Arbeitnehmer über 60 Jahren und der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung für Arbeitnehmer über 56 bzw. 58 Jahren.

Übersicht 7: Ausgaben in ökonomischer Gliederung

	2001 Erfolg	2002 Vorläufi- ger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004	2002 Vorläufi- ger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004
Erstellung von Leistungen	16.313	16.095	16.510	15.891	- 1,3	+ 2,6	- 3,7
Transfers	22.042	22.849	23.807	23.900	+ 3,7	+ 4,2	+ 0,4
Finanzierung	20.878	20.985	20.510	22.356	+ 0,5	- 2,3	+ 9,0
Insgesamt	59.232	59.929	60.828	62.147	+ 1,2	+ 1,5	+ 2,2
Anteile an den Gesamtausgaben in %							
Erstellung von Leistungen	27,5	26,9	27,1	25,6			
Transfers	37,2	38,1	39,1	38,5			
Finanzierung	35,2	35,0	33,7	36,0			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0			

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Nach einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 4,3% im Zeitraum 2001 bis 2003 ist damit für 2004 ein Rückgang um 0,9% gegenüber dem Bundesvoranschlag 2003 veranschlagt. Dabei wird der im Vergleich mit den Vorjahren mäßige Anstieg der direkten Pensionsausgaben (mit Ausnahme der Pensionen für Postbeamte) überkompensiert durch die deutliche Verringerung der Zuschüsse zur Pensionsversicherung (-3,8%). Hier wirken in erster Linie die Einsparungseffekte der Pensionsreform 2000; die Pensionsreform 2003 trägt nur zum geringeren Teil zur Kürzung der Bundeszuschüsse bei.

Übersicht 8: Transferausgaben

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004
Alterssicherung	13.001	13.689	14.149	14.021	+ 5,3	+ 3,4	- 0,9
Pensionsausgaben für Bundesbeamte, Landeslehrer, ÖBB- und Postbeamte Zuschüsse zur Pensionsversicherung ¹⁾	6.014	6.226	6.426	6.588	+ 3,5	+ 3,2	+ 2,5
	6.987	7.463	7.724	7.433	+ 6,8	+ 3,5	- 3,8
Familien	3.363	3.684	4.059	4.168	+ 9,5	+ 10,2	+ 2,7
Familienbeihilfen ²⁾	2.803	2.826	2.976	2.978	+ 0,8	+ 5,3	+ 0,1
Karenzgeld, Kindergeld	559	858	1.083	1.190	+ 53,4	+ 26,2	+ 9,8
Arbeitslosenunterstützung	1.889	2.135	2.188	2.230	+ 13,1	+ 2,4	+ 1,9
Pflegegeld	1.290	1.294	1.333	1.350	+ 0,3	+ 3,0	+ 1,3
Sonstige	2.499	2.047	2.078	2.131	- 18,1	+ 1,5	+ 2,5
Insgesamt	22.042	22.849	23.807	23.900	+ 3,7	+ 4,2	+ 0,4

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Ausgleichszulagen und Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger. – ²⁾ Einschließlich Geburten- und Schulfahrtbeihilfen.

Entsprechend wird für das Jahr 2004 auch ein Rückgang des Nettoaufwands für Pensionen – Ausgaben des Bundes abzüglich der pensionsbezogenen Einnahmen, z. B. Beiträge der Bundesbediensteten oder Beiträge von Post und ÖBB – erwartet. Weil sich die pensionsbezogenen Einnahmen des Bundes im Zeitraum 2001 bis 2004 nur wenig verändern, nimmt der Nettoaufwand für Pensionen zwischen 2001 und 2003 deutlich zu, sinkt dann jedoch gemäß Bundesvoranschlag 2004 leicht um 1,6%.

Die familienbezogenen Leistungen als zweitgrößter Posten innerhalb der Transferzahlungen werden zwischen 2001 und 2004 überdurchschnittlich ausgeweitet. Hier schlägt sich neben einigen sonstigen neuen Leistungen zunächst vor allem die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes nieder, das 2002 das Karenzgeld ersetzte: Der

2004 wird der langfristige Trend einer Zunahme des Anteils der Transferausgaben an den Gesamtausgaben des Bundes gestoppt, weil die Ausgaben zur Alterssicherung sinken. Entsprechend nimmt auch der Anteil der alterssicherungsbezogenen Ausgaben an den Transferausgaben 2004 ab. Die familienbezogenen Leistungen gewinnen dagegen merklich an Gewicht. Während die Bedeutung der Finanzierungsausgaben zunimmt, sinkt der Anteil der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen an allen Bundesausgaben. Die forschungswirksamen Aufwendungen werden nur mäßig ausgeweitet.

Kreis der Anspruchsberechtigten wurde dadurch erheblich ausgeweitet, und über einen längeren höchstmöglichen Bezugszeitraum werden höhere Leistungen gewährt. Die Ausgaben für Karenzgeld und Kinderbetreuungsgeld stiegen 2002 um 53,4%, für 2003 bzw. 2004 sind Zuwächse von 26,2% bzw. 9,8% veranschlagt. Das Kinderbetreuungsgeld wird 2003 Ausgaben von 864 Mio. €, 2004 von 913 Mio. € erfordern.

Übersicht 9: Aufwendungen des Bundes für Pensionen

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
Pensionen Bundesbeamte	2.659	2.750	2.840	2.916	+ 3,4	+ 3,3	+ 2,7
Pensionsaufwandsersätze für Landeslehrer	734	758	795	797	+ 3,2	+ 4,9	+ 0,2
Pensionen Postbeamte	893	972	1.021	1.098	+ 8,8	+ 5,1	+ 7,5
Pensionen ÖBB-Beamte	1.728	1.746	1.769	1.777	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,5
Zuschüsse zur Pensionsversicherung	4.460	4.955	5.822	5.875	+ 11,1	+ 17,5	+ 0,9
Ausgleichszulagen	878	926	1.107	762	+ 5,5	+ 19,5	- 31,2
Überweisungen an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger	1.649	1.582	795	797	- 4,1	- 49,8	+ 0,3
Summe Ausgaben	13.001	13.689	14.149	14.021	+ 5,3	+ 3,4	- 0,9
Pensionsbeiträge der Bundesbediensteten	562	560	552	551	- 0,5	- 1,4	- 0,3
Beiträge gemäß § 13 PG	71	75	77	80	+ 5,3	+ 3,0	+ 4,7
Beiträge von Landeslehrern	20	21	21	22	+ 3,8	+ 1,6	+ 3,3
Pensionsbeiträge Post	265	245	216	193	- 7,6	- 11,8	- 10,5
Pensionsbeiträge ÖBB	434	445	437	426	+ 2,6	- 1,7	- 2,7
Pensionsversicherungsbeitrag ÖBB	57	61	59	66	+ 6,6	- 2,9	+ 11,7
Sonstige Pensionseinnahmen	47	58	52	151	+ 23,1	- 10,8	+ 191,3
Summe Einnahmen	1.456	1.464	1.414	1.489	+ 0,5	- 3,4	+ 5,3
Nettoaufwand für Pensionen	11.545	12.225	12.735	12.532	+ 5,9	+ 4,2	- 1,6

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der für 2003 mit +5,3% präliminierte Anstieg der Ausgaben für Familienbeihilfen resultiert aus der Erhöhung der Familienbeihilfe für Kinder ab 3 Jahren. Für 2004 ist die Einführung eines zusätzlichen Kindergeldes für Mehrlingskinder geplant. Insgesamt betragen die Ausgaben für Familien im Rahmen des Familienlastenausgleichsfonds laut den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 4.059 Mio. € bzw. 4.168 Mio. €. Die verfügbaren Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds sowie das Vermögen des Reservefonds für Familienbeihilfen dürften die deutlich ausgeweiteten familienpolitischen Leistungen nicht abdecken können, sodass sich hier für den Bundeshaushalt zusätzliche Belastungen ergeben werden. Das Defizit im Familienlastenausgleichsfonds wird im Jahr 2003 230 Mio. €, 2004 280 Mio. € erreichen; der Bund muss hier teilweise in Vorlage treten.

Übersicht 10: Struktur der Transferausgaben

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Anteile in %			
Alterssicherung	59,0	59,9	59,4	58,7
Familien	15,3	16,1	17,0	17,4
Arbeitslosenunterstützung	8,6	9,3	9,2	9,3
Pflegegeld	5,9	5,7	5,6	5,6
Sonstige	11,3	9,0	8,7	8,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Die jüngsten Änderungen im Transfersystem leiteten eine Strukturverschiebung innerhalb der Transferausgaben ein, die sich künftig vertiefen wird. Der langfristige Trend eines steigenden Anteils der Ausgaben für die Alterssicherung wird gebrochen: Im Bundesvoranschlag wird mit einer Verringerung von 59,9% im Jahr 2002 auf 58,7% bis 2004 gerechnet. Die Pensionsreform 2003 wird erst in den Jahren nach 2004 ihre volle Wirksamkeit entfalten und für eine nachhaltige Verringerung der Ausgaben für die Alterssicherung sorgen. Dagegen gewinnen die familienbezogenen Leistungen an Bedeutung: Ihr Anteil an den Gesamttransfers steigt von 15,3% 2001 auf voraussichtlich 17,4% 2004.

Weitgehend stabil bleibt dagegen in den Jahren 2002 bis 2004 der Anteil von Arbeitslosenunterstützungszahlungen (gut 9% der gesamten Transferausgaben) und Pflegegeld (5,7% bzw. 5,6%). Der deutliche Anstieg der Ausgaben für *Arbeitslosenunterstützung* im Jahr 2002 auf 2.135 Mio. € (+13,1%) spiegelt unmittelbar die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage wider. Für 2003 und 2004 ist vor dem Hintergrund der aktuellen WIFO-Prognose zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit eine nur sehr mäßige Steigerung präliminiert. Gemäß Bundesvoranschlag wird für 2003 mit Arbeitslosenunterstützungszahlungen von 2.188 Mio. € (+2,4%), für 2004 von 2.230 Mio. € (+1,9%) gerechnet.

Die Ausgaben für das *Pflegegeld* steigen in den letzten Jahren wieder, nachdem sie Ende der neunziger Jahre in der Folge des Strukturanpassungsgesetzes 1996 eingeschränkt wurden – allerdings mit einer geringen nominellen und nur im Bundesvoranschlag 2003 auch realen Zuwachsrate. 2002 wurden für das Pflegegeld 1.294 Mio. € ausgegeben (+0,3%). Für 2003 sind 1.333 Mio. € (+3%) präliminiert; der relativ starke Anstieg geht auf eine Einmalzahlung an Pflegepersonen in den oberen Pflegestufen zurück. Für 2004 werden Ausgaben von 1.350 Mio. € (+1,3%) erwartet. Tendenziell rückläufig ist die Bedeutung der *sonstigen Transferausgaben*, da die Ausgaben für Kriegspopferversorgung sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen stark sinken.

Die *Finanzierungsausgaben* als zweitgrößter Posten der Ausgaben des Bundes werden nach nur geringen Zuwächsen bzw. sogar Rückgängen in den Vorjahren im Jahr 2004 überdurchschnittlich zunehmen (+9%). Sie steigen 2004 voraussichtlich auf 22,35 Mrd. € (2001 20,88 Mrd. €). Damit erhöht sich der Anteil der Finanzierungsausgaben an den Gesamtausgaben nach einem anhaltenden Bedeutungsverlust in den letzten Jahren wieder deutlich. Sie werden im Jahr 2004 mit 36% der Gesamtausgaben den entsprechenden Wert für 2001 (35,2%) überschreiten. Der Zuwachs des Jahres 2004 geht hauptsächlich auf die Ausgliederung der Universitäten (Universitätsgesetz 2002) ab 2004 zurück – in den Haushalt 2004 wurde ein Globalbetrag an die Universitäten von 1.703 Mio. € eingestellt. Diese Neuordnung hat eine Dämpfung der Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen zur Folge.

Finanzierungsausgaben gewinnen wieder an Bedeutung

Übersicht 11: Ausgaben zur Finanzierung

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg Mio. €	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg Veränderung gegen das Vorjahr in %	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
Finanzschuldzinsen ¹⁾	8.080	8.362	8.130	8.111	+ 3,5	- 2,8	- 0,2
Transfers an Träger öffentlichen Rechtes	6.381	6.921	7.317	9.157	+ 8,5	+ 5,7	+ 25,1
Globalbetrag an Universitäten				1.703			
Sonstige	6.381	6.921	7.317	7.455	+ 8,5	+ 5,7	+ 1,9
Transfers an Unternehmen	3.117	3.095	3.581	3.930	- 0,7	+ 15,7	+ 9,8
Geldverkehrsspesen, Kursverluste und Rückersätze	218	164	586	233	- 24,8	+ 256,6	- 60,2
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen	637	125	119	119	- 80,4	- 5,2	- 0,0
Zuführung an Rücklagen	1.761	1.651	20	0	- 6,2	- 98,8	- 98,7
Sonstige	683	666	758	806	- 2,4	+ 13,7	+ 6,4
Insgesamt	20.878	20.985	20.510	22.356	+ 0,5	- 2,3	+ 9,0

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Einschließlich Währungstauschverträge.

Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen verlieren an Gewicht

Die weiterhin große Bedeutung der Finanzierungsausgaben innerhalb der gesamten Ausgaben des Bundes spiegelt die konsequente Ausgliederungsstrategie der vergangenen Jahre wider, die sich in steigenden Transfers an Träger öffentlichen Rechtes und Unternehmen niederschlägt. Die Ausgaben für Finanzschuldzinsen, die den größten Anteil an den Finanzierungsausgaben ausmachen, sinken dagegen, weil das Zinsniveau niedrig ist und Altschulden mit höheren Zinssätzen refinanziert werden. Die Aufwendungen für die Zinsen ohne Swap-Operationen werden 2004 mit 6,96 Mrd. € geringer sein als im Jahr 2001.

Die Ausgaben für die *Erstellung von öffentlichen Leistungen* verlieren tendenziell weiter an Bedeutung. Ihr Anteil an den gesamten Ausgaben des Bundes sinkt von 27,5% 2001 auf 25,6% gemäß Bundesvoranschlag 2004. Mit Ausnahme des Jahres 2003, in dem ihr nomineller Anstieg über der Preissteigerungsrate liegen wird, nehmen sie zwischen 2002 und 2004 nominell wie real ab. Absolut machten sie 2002 laut vorläufigem Gebarungserfolg 16,1 Mrd. € aus. Sie steigen 2003 um 2,6% auf 16,5 Mrd. € und gehen 2004 um 3,7% auf 15,9 Mrd. € zurück. Die Ausgliederung der Universitäten ist primär maßgebend für den spürbaren Rückgang des Personalaufwands für die Bundesbediensteten im Jahr 2004 (-4,4%), denn von der Ausgliederung sind etwa 6.900 Planstellen betroffen. Der "echte" Personalabbau auf Bundesebene, der zu einer weiteren Minderung des Personalaufwands beitragen soll, ist für die Jahre 2003 und 2004 mit rund 5.900 Stellen veranschlagt. Durch die Ausgliederung der Universitäten werden auch die bereits seit Jahren rückläufigen Investitionsausgaben im Jahr 2004 weiter deutlich reduziert.

Übersicht 12: Ausgaben für die Erstellung öffentlicher Leistungen

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Personalaufwand							
Bundesbedienstete	6.950	6.935	7.067	6.754	- 0,2	+ 1,9	- 4,4
Personalaufwandsersätze für Landeslehrer	2.825	2.810	2.808	2.808	- 0,5	- 0,1	± 0,0
Personalaufwand Post	1.089	1.016	1.010	1.010	- 6,7	- 0,6	± 0,0
Laufende Sachausgaben	4.936	4.919	5.344	5.147	- 0,4	+ 8,6	- 3,7
Investitionen	459	377	271	163	- 17,8	- 28,0	- 39,9
Erwerb von Liegenschaften und aktivierungsfähigen Rechten	53	38	10	10	- 28,6	- 74,0	- 0,1
Insgesamt	16.313	16.095	16.510	15.891	- 1,3	+ 2,6	- 3,7

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Damit schmälert der Bund in zunehmendem Maße seine Möglichkeiten, im Rahmen der Ausgaben für öffentliche Leistungen auch strukturpolitisch Einfluss zu nehmen. Der Bundeshaushalt nimmt zunehmend den Charakter eines Finanzierungshaushalts an. Durch die fortgesetzten Ausgliederungen, die vorwiegend den Infrastrukturbereich betreffen, begibt sich der Bund seiner Optionen zur gezielten Schwerpunktsetzung in der Gestaltung der Infrastruktur; in einigen Bereichen zeichnen sich zunehmende Lücken ab, die sich langfristig als Wachstumsbremse erweisen könnten.

Zwar wurde in den Bundesvoranschlägen 2003 und 2004 eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur angekündigt; diese schlägt sich aber nur in geringen zusätzlichen Ausgaben nieder. Die forschungswirksamen Ausgaben des Bundes nehmen laut Voranschlag 2003 gegenüber dem Vorjahr um lediglich 8 Mio. € auf 1,47 Mrd. € zu (+0,5%). Für 2004 ist ein Anstieg um 88 Mio. € (+6%) auf 1,56 Mrd. € präliminiert, der sich hauptsächlich aus den Mitteln der F&E-Offensivprogramme I (2001-2003) und II (2004-2006) speist. Auf dieser Grundlage ist das von der Bundesregierung formulierte Ziel der mittelfristigen Anhe-

bung der Forschungsquote¹²⁾ auf 2,5% bis zum Jahr 2006 kaum zu erreichen; allerdings hätte hier auch der private Sektor seinen Beitrag zu leisten.

Die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen des Bundes steht unter dem Zeichen des Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft, der sich nicht nur in einer Verringerung der Einnahmenquote, sondern auch in der Fortsetzung des Privatisierungskurses niederschlagen soll. Der Privatisierungsauftrag an die ÖIAG sieht den Verkauf nahezu aller Unternehmensbeteiligungen des Bundes¹³⁾ bis zum Jahr 2006 vor. Da die Privatisierungserlöse für die Tilgung der Schulden der ÖIAG verwendet werden sollen, hat der angestrebte Privatisierungskurs allerdings keinen direkten Effekt auf das Bundesbudget.

Die *Nettosteureinnahmen* (Bruttosteureinnahmen abzüglich Überweisungen an Bundesfonds, Länder, Gemeinden und EU) verlieren im Zeitraum 2001 bis 2003 spürbar an Bedeutung: Sie sinken 2003 auf 35,44 Mrd. € (2001 37,93 Mrd. €) und damit auf 62,3% der Gesamteinnahmen des Bundes. Erst 2004 steigt ihr Anteil wieder deutlich auf beinahe zwei Drittel der gesamten bereinigten Einnahmen des Bundes; präliminiert ist ein Nettosteuererwerb von 38,62 Mrd. €. Diese Entwicklung hängt u. a. mit der Abschaffung der 13. Umsatzsteuervorauszahlung zusammen.

Deutliche Verschiebung der Steuerstruktur

Steuerquoten steigen 2004 wieder

Die Steuerquoten (netto wie brutto) sinken bis 2003 aufgrund der schlechten Konjunkturlage sowie der Steuerentlastungen im Rahmen von Konjunkturpaketen und wegen der Hochwasserkatastrophe von 2002. Für 2004 wird ein Anstieg erwartet. Der Anteil der steuerähnlichen Einnahmen an allen Einnahmen des Bundes vergrößert sich. Die umweltbezogenen Steuern gewinnen trotz ihrer Anhebung 2004 kaum an Gewicht. Langfristig nimmt die Belastung des Masseneinkommens durch Lohnsteuer zu. Das Steuererwerb ruht zunehmend auf indirekten Steuern.

Übersicht 13: Einnahmen in ökonomischer Gliederung

	2001 Erfolg	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vorläufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Steuern (netto)	37.933	36.666	35.444	38.616	- 3,3	- 3,3	+ 8,9
Steuerähnliche Einnahmen	8.728	8.838	9.252	9.640	+ 1,3	+ 4,7	+ 4,2
Sonstige	11.156	12.035	12.191	10.461	+ 7,9	+ 1,3	- 14,2
Insgesamt	57.817	57.539	56.887	58.717	- 0,5	- 1,1	+ 3,2
	Anteile in %						
Steuern (netto)	65,6	63,7	62,3	65,8			
Steuerähnliche Einnahmen	15,1	15,4	16,3	16,4			
Sonstige	19,3	20,9	21,4	17,8			
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0			

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Gleichzeitig gewinnen die *steuerähnlichen Einnahmen* zunehmend an Gewicht, primär infolge der Steigerung der zweckgebundenen Einnahmen für die Siedlungswasserwirtschaft. Für 2004 wird mit einem Anteil von 16,4% an den gesamten Bundeseinnahmen gerechnet, gegenüber 15,1% 2001. Die steuerähnlichen Einnahmen des Bundes sind zweckgebunden; sie umfassen hauptsächlich den Arbeitslosenversicherungsbeitrag, die Dienstgeberbeiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sowie Anteile an einkommensabhängigen Steuern. Für den präliminierten Anstieg in den Jahren 2003 und 2004 ist insbesondere der starke erwartete Zuwachs des Aufkommens aus dem Arbeitslosenversicherungsbeitrag maßgebend (2003 +8,3%, 2004 +4%), der deutlich über dem prognostizierten Anstieg der Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten (+2,2% bzw. +2%) liegt und damit recht optimistisch veranschlagt ist.

Nach einem leichten Zuwachs 2003 wird für das Jahr 2004 ein absoluter wie relativer Rückgang der *sonstigen Einnahmen* erwartet, der insbesondere auf einer Abnahme der Kostenersätze und Einnahmen aus Besitz und Unternehmertätigkeit beruht (vor allem weil die Gewinnabfuhr der Notenbank sinkt). Die sonstigen Einnahmen haben

¹²⁾ Sie wird für heuer von Statistik Austria auf 1,96% des BIP geschätzt. Die Forschungsquote bezieht die Summe aller öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung auf das BIP (vgl. Scholtze, 2003). Anlässlich des Sondergipfels in Lissabon 2000 vereinbarten die EU-Länder eine Anhebung der nationalen Forschungsquoten auf 3% bis 2010.

¹³⁾ Ausnahmen sind OMV und AUA sowie eventuell die Post.

im Voranschlag dennoch mit 17,8% der Gesamteinnahmen nach wie vor eine größere quantitative Bedeutung als die steuerähnlichen Einnahmen.

Im Sinne der nachhaltigen Konsolidierung des Bundeshaushaltes ist der voraussichtliche Bedeutungszuwachs der Steuereinnahmen gegenüber den übrigen Einnahmenarten positiv zu bewerten, da die Finanzplanung immer weniger auf Einmaleffekten, sondern auf langfristig stabilen Einnahmenquellen basiert. Allerdings dürfte diese Entwicklung durch die zweite Etappe der Steuerreform 2004/05 konterkariert werden.

Die Bruttosteuerereinnahmen gehen in den Jahren 2001 bis 2003 von 56,21 Mrd. € auf 53,76 Mrd. € zurück. Im Bundesvoranschlag 2004 ist ein deutlicher Anstieg (+7,2%) auf 57,62 Mrd. € veranschlagt. Analog verläuft die Entwicklung der Bruttosteuerquote: Sie sinkt zunächst von 26,5% des BIP 2001 auf voraussichtlich 24,3% des BIP 2003; für 2004 wird dagegen mit einem merklichen Anstieg (um 1 Prozentpunkt) auf 25,3% gerechnet. Die Bruttosteuerquote verringert sich zwischen 2001 und 2003 schwächer als die Nettosteuerquote; das hängt großteils mit dem Überweisungsrythmus der Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden zusammen.

Übersicht 14: Steuereinnahmen

	2001 Erfolg	2002 Vor- läufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag	2002 Vor- läufiger Erfolg	2003 Voranschlag	2004 Voranschlag
	Mio. €				Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Steuern vom Einkommen	28.575	26.672	26.657	27.477	- 6,7	- 0,1	+ 3,1
Veranlagte Einkommensteuer	3.987	3.126	2.950	3.000	- 21,6	- 5,6	+ 1,7
Lohnsteuer	15.672	16.219	16.800	17.300	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,0
Körperschaftsteuer	6.235	4.559	4.100	4.300	- 26,9	- 10,1	+ 4,9
Kapitalertragsteuer I und II	2.048	2.123	2.160	2.210	+ 3,7	+ 1,7	+ 2,3
Sonstige	633	644	647	667	+ 1,8	+ 0,4	+ 3,1
Steuern vom Aufwand und Verbrauch	26.468	27.087	25.970	28.995	+ 2,3	- 4,1	+ 11,6
Umsatzsteuer	17.354	17.639	16.300	19.000	+ 1,6	- 7,6	+ 16,6
Normverbrauchsabgabe	423	415	425	440	- 1,9	+ 2,5	+ 3,5
Mineralölsteuer	2.880	3.109	3.230	3.450	+ 7,9	+ 3,9	+ 6,8
Tabaksteuer	1.234	1.297	1.350	1.350	+ 5,1	+ 4,1	± 0,0
Steuern auf alkoholische Getränke	296	335	337	337	+ 13,1	+ 0,6	± 0,0
Gebühren	798	766	790	800	- 4,0	+ 3,2	+ 1,3
Versicherungssteuer	814	826	850	880	+ 1,4	+ 2,9	+ 3,5
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.117	1.185	1.220	1.250	+ 6,1	+ 3,0	+ 2,5
Energiesteuer	754	692	640	790	- 8,2	- 7,6	+ 23,4
Sonstige	797	825	828	698	+ 3,5	+ 0,4	- 15,7
Steuern vom Vermögen	739	676	690	705	- 8,5	+ 2,1	+ 2,2
Steuern auf Einfuhren	225	219	200	200	- 3,1	- 8,5	± 0,0
Nebenanprüche und Resteingänge	204	298	241	241	+ 46,2	- 19,1	+ 0,1
Insgesamt brutto	56.210	54.951	53.758	57.618	- 2,2	- 2,2	+ 7,2
Minus Überweisungen an andere Rechtsträger	- 16.285	- 16.176	- 16.214	- 16.602	- 0,7	+ 0,2	+ 2,4
Minus Beitrag zur EU	- 1.992	- 2.108	- 2.100	- 2.400	+ 5,8	- 0,4	+ 14,3
Insgesamt netto	37.933	36.666	35.444	38.616	- 3,3	- 3,3	+ 8,9

Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO-Berechnungen.

Der Rückgang der Steuerquoten bis 2003 ist zu einem erheblichen Teil auf die Einführung der Anspruchsverzinsung zurückzuführen: Die Steuerpflichtigen führten 2001 einen Großteil der Einkommen- und Körperschaftsteuern für 2000 ab, die sonst erst in den Jahren 2002 und 2003 geleistet worden wären. Darüber hinaus fielen aufgrund der schlechten Konjunkturlage in den Jahren 2002 und 2003 die Einnahmen aus veranlagter Einkommensteuer und Körperschaftsteuer geringer aus. Auch die im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe vom Sommer 2002 beschlossenen Maßnahmen zur Steuerentlastung mindern das Einkommen- und Körperschaftsteueraufkommen geringfügig. 2003 greifen zudem eine Reihe von Entlastungsmaßnahmen, die zum Teil einmalig wirken (die Abschaffung der 13. Umsatzsteuervoraus-

zahlung mit einem einmaligen Aufkommensrückgang um 1,7 Mrd. €), zum Teil Ende 2003 auslaufen (etwa die Investitionszuwachsprämie im Rahmen des zweiten Konjunkturbelebungspaketes) und zum Teil unbefristet gewährt werden (im Rahmen der Konjunkturbelebungsapakete vom Dezember 2001 bzw. September 2002).

Für 2004 wird eine Umkehrung des Trends insgesamt sinkender Steuereinnahmen erwartet, die insbesondere von einem starken Zuwachs der Steuern vom Aufwand und Verbrauch und hier vor allem der Umsatzsteuer getragen werden soll – das kassenmäßige Aufkommen erhöht sich aufgrund der Veränderung des Modus der Umsatzsteuervorauszahlungen. Trotz der mäßigen Entwicklung der privaten Konsumausgaben wird ein günstiges Umsatzsteuerergebnis erwartet, da die Maßnahmen zur Umsatzsteuer-Betrugsbekämpfung für eine erhebliche Verbesserung des Steuervollzugs sorgen sollen.

In den Ansätzen für die Steuern von Aufwand und Verbrauch schlägt sich 2004 außerdem die Anhebung der Energieabgaben (Einführung einer Kohleabgabe und Erhöhung der Erdgasabgabe) sowie der Mineralölsteuer mit Mehreinnahmen von insgesamt 335 Mio. € nieder. Die Mineralölsteuer wird 2004 Einnahmen von 3.450 Mio. € erbringen, die Energiesteuern sind mit 790 Mio. € veranschlagt. Wegen der Einführung des Road Pricing entfällt die Straßenbenützungsabgabe; der Einnahmefall von 75 Mio. € kompensiert die Mehreinnahmen aus den Energieabgaben teilweise. Außerdem werden die Kraftfahrzeugsteuersätze gesenkt. Der Rückgang der Einnahmen aus Energieabgaben in den Jahren 2002 und 2003 ergibt sich aus der zeitlichen Verschiebung der Rückvergütung bzw. aus deren Ausweitung auf alle energieintensiven Unternehmen.

Für die Einnahmen aus Lohnsteuer wird nach einem konjunkturbedingt mäßigen Anstieg von 3,5% im Jahr 2002 für 2003 und 2004 eine Steigerung um nur 3,6% bzw. 3% erwartet, weil die Lohn- und Gehaltssumme nur langsam wachsen wird. Im Jahr 2004 machen sich außerdem die beschlossenen Maßnahmen zur Steuerentlastung (Anhebung des allgemeinen Absetzbetrags, Veränderung der Einschleifregelung) bemerkbar; sie werden im Rahmen von Lohn- und veranlagter Einkommensteuer ein Volumen von insgesamt 380 Mio. € erreichen, von dem 2004 knapp 330 Mio. € kassenwirksam werden.

Anhebung umweltbezogener Steuern ab 2004

Zunehmende Belastung des Masseneinkommens durch Lohnsteuer

Abbildung 2: Lohnsteuer in % des Bruttomasseneinkommens



Q: Bundesministerium für Finanzen, WIFO.

Das Lohnsteueraufkommen in Prozent des Masseneinkommens steigt dennoch weiterhin im langfristigen Trend, von 9,2% im Jahr 1990 auf voraussichtlich 12,3% gemäß Bundesvoranschlag 2004. Die Entlastungseffekte der Einkommensteuerreform 2000 (Rückgang der Belastungsquote auf 11,4% des Masseneinkommens) waren also nur temporär. Die erste Etappe der Steuerreform 2004/05 macht den Belastungsanstieg des Masseneinkommens nicht rückgängig, sondern dämpft ihn lediglich. Zudem ergibt sich ab 2004 durch die Erhöhung der umweltbezogenen Steuern eine Zusatzbe-

**Steueraufkommen
zunehmend von
indirekten Steuern
getragen**

lastung, die die expansiven Effekte von Lohnsteuerentlastungen auf den privaten Konsum spürbar dämpfen wird.

Für die Körperschaftsteuer und die veranlagte Einkommensteuer wird nach Aufkommensrückgängen 2002 und 2003 mit einer Erholung im Jahr 2004 gerechnet. Allerdings könnte die für 2004 veranschlagte Erhöhung der Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer geringer als erwartet ausfallen, wenn die Wirtschaft schwächer wächst als bei der Budgeterstellung unterstellt.

Im Zeitraum von 2001 bis 2004 verschiebt sich die Steuerstruktur auf der Grundlage des Doppelbudgets 2003/04 merklich: Die Steuern vom Einkommen verlieren spürbar an Gewicht. Erreichte ihr Anteil 2001 mit 50,8% der Bruttogesamtsteuereinnahmen langfristig einen Höchstwert, so geht er bis 2004 voraussichtlich auf 47,7% zurück. Damit wird der langfristig zu beobachtende Trend eines kontinuierlichen Bedeutungsgewinns der direkten Steuern umgekehrt. Entsprechend wird der Anteil der Steuern vom Aufwand und Verbrauch von 47,1% (2001) auf 50,3% (2004) der gesamten Bruttosteuerereinnahmen zunehmen. Diese Strukturveränderung ist nicht nur Ergebnis des schwachen Wachstums, sondern resultiert auch aus Entlastungsmaßnahmen im Bereich der direkten sowie Erhöhungen der indirekten Steuern. Neben der erwähnten Anhebung der umweltbezogenen Abgaben ab 2004 trägt dazu auch eine Ausweitung der Tabaksteuereinnahmen bei: Nach einem preissteigerungsbedingten Aufkommenszuwachs von 5,1% 2002 wird nach der Anhebung der Tabaksteuer 2003 eine weitere Steigerung dieser Einnahmen um 4,1% erwartet.

Die erhöhte Besteuerung fossiler Energieträger ab 2004 setzt zwar zusätzliche ökologische Akzente im Steuersystem, allerdings ist noch kein deutlicher Bedeutungsgewinn der Umweltsteuern auszumachen. Mit jeweils 6% der Gesamtsteuereinnahmen erreicht das Mineralölsteueraufkommen in den Jahren 2003 und 2004 gerade wieder das Niveau von 1995. Der Anteil der Energieabgaben erhöht sich voraussichtlich geringfügig von 1,3% 2001 auf 1,4% 2004.

Der Anteil der Steuern vom Vermögen schließlich wird in den Jahren 2003 und 2004 mit 1,3% bzw. 1,2% des Gesamtsteueraufkommens gering bleiben; unter den vermögensbezogenen Steuern hat die Grunderwerbsteuer die größte quantitative Bedeutung.

Die Strukturverschiebungen innerhalb des Steueraufkommens schwächen tendenziell die Wirksamkeit der automatischen Stabilisatoren und verringern die Aufkommenselastizität des gesamten Steuersystems, da die Aufkommenselastizität der direkten Steuern größer ist als jene der indirekten Steuern (Lehner, 2002). Die Maßnahmen, die im Rahmen der zweiten Etappe der Steuerreform ab 2005 zu erwarten sind (Senkung des Körperschaftsteuersatzes, weitere Einkommensteuerentlastung), werden diesen Trend einer Strukturverschiebung vertiefen.

Literaturhinweise

Breuss, F., "Die wirtschaftspolitische Architektur der WWU", WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(9), S. 581-607, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22726.

Buti, M., Eijffinger, S., Franco, D., "Revisiting the Stability and Growth Pact: Grand Design or Internal Adjustment?", European Commission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs Economic Paper, 2003, (180).

Deutscher Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, Für Stetigkeit – gegen Aktionismus. Jahresgutachten 2001/2002, Schaeffer und Poeschel, Stuttgart, 2001.

Lehner, G., "Bundesvoranschlag 2002 vom Ziel des 'Nulldefizits' geprägt", WIFO-Monatsberichte, 2001, 74(5), S. 319-334, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=20273.

Lehner, G., Längerfristige Entwicklung der Steuern und Abgaben in Österreich, WIFO, Wien, 2002, http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=23179.

Scholtze, E., "Finanzierung der Ausgaben für Forschung und experimentelle Entwicklung in Österreich", Statistische Nachrichten, 2003, 58(6), S. 430-438.

Federal Budget 2003-04: Postponing the Goal of a Balanced Budget – Summary

In view of the fact that extensive tax relief measures have been envisaged for the tax reform of 2004-05, and since the economy continues its modest growth rate, the federal government decided to postpone its goal of achieving a "zero deficit" beyond 2007.

The budgets for 2003 and 2004 reflect the federal government's temporary deviation from its goal of balancing the budgets for all levels of government (including states, municipalities, funds and social insurance), the achievement of which has been postponed beyond 2007. Already in 2002, the effort to balance the budget failed due to the weak overall economic situation (which resulted in increased unemployment expenditure and loss of tax revenues) and the flood of the summer of 2002. The budgets for 2003 and 2004 project an overall deficit of -1.3 percent and -0.7 percent of GDP. These deficits are caused by the sluggish economy and tax cuts as a first step of the tax reform to be implemented in 2004.

Given the ongoing stagnation of the Austrian economy it is reasonable to tolerate the effects of automatic stabilisers and therefore to increase public deficits for as long as the economy continues to be weak. This line of thought characterised the budgets for 2002 and 2003 where no attempts were made to compensate shrinking tax revenues by tax increases and expenditure cuts that would have further dampened overall demand. The budget for 2004, on the other hand, must be expected to have a rather contractive effect.

With regard to federal expenditure and revenues, the budgets for 2003 and 2004 clearly indicate structural shifts. The rise in the share of transfers as a proportion of overall spending, a long-term trend, is to be stopped in 2004, as payments related to old-age pensions are reduced. Within the category of transfer payments, expenditure related to old age pensions is losing its foremost position, owing to the pension reforms of 2000 and 2003. In contrast, spending on families is surging. Tax revenues as a percentage of overall federal income are once again up in 2004, while simultaneously overall tax revenues increasingly rely on indirect taxes.